

Hungershausen

Rechtsanwalt

Fernsprecher: Nr. 18389
Postscheckkonto: Essen 72818

Düsseldorf, den 31. März 1958
Elberfelder Straße 2
(Ecke Alleestraße) P.

An den

Herrn Oberstadtdirektor

-Amt für Wiedergutmachung-

Düsseldorf

Kasernenstr. 1-9



Eingang:

31. MRZ. 1958

Amt 56

.....Anl.in Marken.

Abt.

In der Anlage überreiche ich Zweitschrift des Ergänzungsbogen. Die Ansprüche sind bei dem Amt für Wiedergutmachung in Hamburg 36, Drehbahn, bereits unter der Nr. B 25 316 registriert. Ich melde die Ansprüche wegen des Fristablaufes vorsorglich bei dem hiesigen Wiedergutmachungsamt an mit der Bitte, um Abgabe aus Zuständigkeitsgründen.

noch keine akte

Anlage

B 25 316

E 14 4 31

Hungershausen
Rechtsanwalt

Hungershausen

Rechtsanwalt

Fernsprecher: Nr. 18389
Postscheckkonto: Essen 72818

Nr. B 25316
+ E 14437

Düsseldorf, den
Elberfelder Straße 2
(Ecke Alleestraße)

15. Januar 1959

P.

12

EG 1612 74 = Frisch, Henry
6

An die

Freie u. Hansestadt Hamburg

Sozialbehörde - Amt f. Wiedergutmachung-

H a m b u r g 36

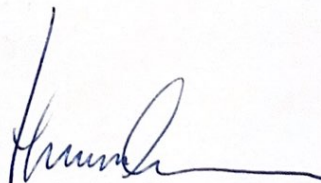
Drehbahn 54

19. JAN. 1959	
10.20.59	

Betr.: Wiedergutmachung nach BEG; hier: Gertrud Gruber geb. Frisch, letzter
deutscher Wohnsitz Hamburg, Eppendorferbaum 24 - Reg. Nr. B 25 316

In der vorbezeichneten Wiedergutmachungssache frage ich nach dem Stande der Sache an. Es ist von Seiten der Antragstellerin genügend dargetan worden, um ihr die ihr zustehenden Entschädigungsansprüche zusprechen zu können. Zwar bleibe ich nach wie vor bemüht, Zeugen und eidesstattliche Versicherungen über die Verfolgungszeit der Antragstellerin zu erhalten, doch bin ich der Auffassung, daß das bereits Vorgetragene ausreicht, einen Feststellungsbescheid zu erlassen.

Ich bitte Sie um umgehende Mitteilung, wann mit diesem Bescheid gerechnet werden kann.


Rechtsanwalt

Mf.

✓ 1.) IAK bitte Akte anlegen

✓ 2.) von Kp a. n. K. ^{url. K.}
 30/1.59 - 3. Feb. 1959

Aktenz.: Wg - 260899 - 1 -

*Georgius Grün
reg. Frisch*

Hamburg, den 4. 11. 59

Vfg.

- 1) Strafregistrauszug anfordern.
- 2) Melderegistrauszug ab _____ anfordern.
- 3) Anfrage bei der Dokumentenzentrale.
- 4) Anfrage beim Staatsarchiv.
- 5) Anfrage beim JTS in Arolsen.
- 6)
- 7)
- 8)

12+4/
Ausgefertigt am *11.2.59*
Abgesandt am *12.11.59*
mit Anlagen.....

Nichtzutreffendes streichen

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
Staatsarchiv
34-1

15

11.3.1959.
16. MRZ. 1959

An das
Amt für Wiedergutmachung - Weißguth -
Hamburg 36
Drehbahn 54

Gertrud Frisch geb. Gruber ??

Auf das Schreiben vom 11.2.1959 - Az. Wg. 2608 99 - 1 - wird
mitgeteilt, daß laut Karteikarte Nr. 10517 der Deutsch-Israeli-
tischen Gemeinde in Hamburg Josef Gruber, Kfm.,
geb. 30.6.1892 in Witkowitz, zuletzt
Hamburg, Eppendorferbaum 24 gewohnt hat
und von ----- bis zum Juli 1939 Mitglied der genannten
Gemeinde gewesen ist. Als Grund des Ausscheidens ist angegeben:
Verzug nach England.

Auf der Karteikarte sind als Ehefrau und Kinder vermerkt:

Ehefrau: Gertrud geb. Frisch, geb. am 26.8.1899 in Altona, im August
1939 nach England. (Keine Karteikarte).

Kinder: Lieselotte, geb. am 9.8.1925, verzogen im Dezbr. 1938 nach
England (Keine Karteikarte).

An Kultussteuern sind entrichtet:

1930	R/M	---.	
1931/32	R/M	41.--	FA.
1932/33	R/M	25.80	"
1933/34	R/M	39.30	"
1934/35	R/M	56.60	"
1935	R/M	84.87	"
1936	R/M	147.20	"
1937	R/M	164.45	
1938	R/M	279.60	
1939	R/M	33.33	
1940	R/M	---.	
1941	R/M	---.	
1942	R/M	---.	

I.A.

(Köttsch) B.A.

K1

Aktz.: Wg. 2608 99 - 1 -

17. Feb. 1959

Unbeschränkte

Auskunft aus dem Strafregister
der Staatsanwaltschaft zu

H a m b u r g

Familienname: F r i s c h
(Bei Frauen Geburtsname)Vornamen: Gertrud
(Rufname unterstreichen)Geburtsangaben
(Tag, Monat, Jahr)

26. 8. 1899

Gemeinde: Altona/Hamburg

(evtl. Stadtteil):

Straße:

Verwaltungsbezirk:

Landgerichtsbezirk:

Hamburg

Land:

Familienstand: ~~ledig~~ verheiratet - ~~verwitwet~~ - ~~geschieden~~Vor- und Familien- (Geburts-) Name
des (bzw. früheren) Ehegatten:verh. G r u b e rVor- und Familienname
des Vaters:Vor- und Geburtsname
der Mutter:

20. FEB. 1959

Stand (Beruf): Kontoristin

ggf. des Ehemannes

Wohnort

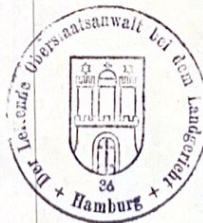
ggf. letzter Aufenthaltsort: New York 31. N. Y. Broadway 3495

Straße und

Hausnummer:

Staatsangehörigkeit:
fr. tschechoslowakei
jetzt: USAHeimatgemeinde:
HamburgHeimatbezirk:
HamburgIm Strafregister ist folgende
Verurteilung(en) vermerkt:
sind keine

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen
-----	----	-----------------------	-------	---------------	----	-------------

Zur Feststellung der Wiedergutmachungsansprüche wird im Interesse des Obengenannten auch um
Angabe der evtl. bereits getilgten politischen Vorstrafen gebeten.Im Strafregister sind keine Verurteilungen
vermerkt.

Hamb.

17. FEB. 1959

Strafregisterführer

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Hamburg den, 11. Febr 1959

Unter Bezugnahme auf umstehenden Auszug urschriftlich zurück:

Urschr. u. R.

an die Staatsanwaltschaft
— Strafregister —

H a m b u r g

An die

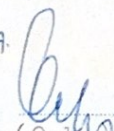
Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H A M B U R G 3 6

Drehbahn 54

mit der Bitte um unbeschränkte Auskunftserteilung über die Vorstrafen
der umstehend bezeichneten Person.



ia. 
(Ochse) (Unterschrift)
Reg. Ob. Insp.

- 4. MAI 1959

Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
Referat 1 (Vorprüfstelle)

Hamburg, den 22. April 1959 19__

Aktz.: 260899-6

Reg.Nr.: B 25316

ANTRAGSTELLER(IN): Gertrud Grüber geb. Firsch

VERFOLGTE(R): _____

Erbschein: Blatt _____ / angefordert: Blatt _____

Vorrangbearbeitung gem. Anordnung Nr. 93, Anspruchsgruppe(n) III (Blatt _____)

" wegen Altersmäßigkeit (Blatt _____)

Vfg.

1. Vermerk:

Betr.: Prüfung der Anspruchsvoraussetzung und der örtlichen Zuständigkeit
Der Antrag ist am 26.6.59 bei A & V Hlg. eingegangen.
Anspruchsvoraussetzung und örtliche Zuständigkeit Hamburgs sind gegeben.

a) BEG: §§ 4(1) 1c in Verbindung mit 185(2) 3a ✓
b) AWG: § entfällt ✓

Begründung: Die Antragstellerin hatte ihren letzten
Wohnsitz vor der Auswanderung in
Hamburg ✓

Beweismittel: Landesarchiv Bf 15 Hildg. mit Bf 10 ✓

Ausschließungsgründe: Nicht erkennbar ✓

Antragsteller(in): Strafreg.Ausz. Blatt 16, Dok.Zentr. Blatt entfällt

Verfolgte(r): Strafreg.Ausz. Blatt _____, Dok.Zentr. Blatt raas.

Bemerkungen: Gründen

b.w.

2. , Ausfertigung an Referat

3. St.S.K.

Akte anlegen.

4. Referat 6

zur weiteren Bearbeitung.

Sofern sich durch die Bearbeitung ergeben sollte, daß Ansprüche nach dem SHRG oder HEG in Betracht kommen, wird wegen der dann noch erforderlichen Vorprüfung um Rückgabe der Akte an Referat 1 (VP) gebeten.

- 4. MAI 1959

Festgestellt:

(Unterschrift)

Geprüft:

(Unterschrift)

Hampershausen R. A.
Bismarck

Hamburg 5. 9. 1961

Postamt

Freie und Hansestadt Hamburg	
Stempel/Postamt	
Post für Vorkontierung	
5. SEP. 1961	
A. 08 99	

18

Bitte sende BEG früher festend 26 08 99

In dem vorbrecheidenden Substitutionsverfahren
nehmen ich den Auftrag auf Substitutions
für Komp., Boden usw. etc.

Ich bitte Sie die Auswanderer horten
in dem Verfahren und den Namen Josef
Johann mit der Substitutions. Für diesen Fall
verzeihe ich auf der in dem obigen Verfahren
in vorerster Stelle und per anderen Angehörigen.

Hampershausen

H. W.

Mfg.

1.) Mit einseitigem Inkasso zieht der Bevollmächtigte die mit
B-Antrag 25316 geltend gemachten Ansprüche
wegen Inkassos im künftigen Fortkommen und
wegen gezahlter Anwaltskosten
zurück.

✓ 2.) Bk 6 gem. Art 181

✓ 3.) GA. zur Anrechnung der obigen Ansprüche
18.9.61
not. Del.

4.) am 9.6

Martin 5/9.61

264899/6

N.

1/19

1.) Herr RA Hünigshausen spricht vor. Wegen des geltend gemachten Eigentumsanspruchs wird ihm erklärt, dass ein Forderungszins im Sinne der §§ 51+54 BZG nicht vorliegt, da das Nutzungsrecht von der Firma v. Gaster 5 G in Verwaltung genommen wurde. Es handelt sich daher um einen Anspruch nach dem DRG oder nach dem LA G. Herr H. ist nicht bereit, diesen Anspruch anzuerkennen und bittet um schriftlichen Bescheid zu gegebener Zeit.
Siehe auch Akte Dr. Gaster 304632/6, Bl. 99.

2.) 2. Aug.
M. 17/10.02

Aktenzeichen.

264899/6

B/E Nr.

25316

Antragsteller:

Gesamtl. Günter geb. Frisch, 3495 Broadway, New York 31, N.Y.

Bevollmächtigter:

R.A. Hängershausen, Düsseldorf Vollmacht Bl. 2

Erblasser:

✓

Zeitpunkt des Todes:

✓

Erbschein Bl.

✓

Vermerk:

1) Formelle Anspruchsvoraussetzungen:

Der Antrag ist am

26. 6. 1954

bet

eingegangen.

Wohnsitzvoraussetzungen:

a) Antragsteller:

zind gegeben, Bl. 15

(§ 4 BEG)

b) Erblasser:

Zuständigkeit:

Gem. § 185 Abs. 2 Ziff. 3 n BzG

Ausschließungsgründe:

zind nicht erkennbar

Doc. Zentr. Bl.

entfällt

Strafregister Bl.

16

Vorrangbearbeitung wegen:

Anspruchsgruppe I

2) Verfolgungs- und Schadenstatbestand:

3) Schadensberechnung:

Schadenszeitraum

(mit den Vermerken „Festgestellt“
und „Nachgerechnet“)

Anlagen

4) Anzurechnende Leistungen: (Darlehen, Vorauszahlungen sowie Abtretungen u. dgl.)

Keine

Vorschlag:

Abkündigung!

Vfg.

1) Statistik (Zählblatt)

2) Hauptsachbearbeiter

zur weiteren Veranlassung.

Sachbearbeiter

Gertrud Gruber
Az.: Wg. 2608 99 -6-

Hamburg, den 19. Sept. 1962
Ma/La.

26A

Bescheidentwurf:

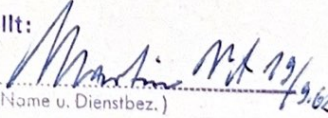
Mit Antrag vom 26.6.1957 begehrt die Antragstellerin Entschädigung wegen
Schadens an Eigentum.

Vor ihrer Auswanderung hat die Antragstellerin der Firma E. Gaertner & Co. einen Lift mit Umzugsgut zum Transport nach London übergeben (Bl. 5/6 u. 16/17 der Akte 3006 92/6), siehe auch Bl. 31 der Auswandererakte. Nach ihren Angaben ist der Lift in England nicht eingetroffen (siehe Einlagebogen D). Wie die Oberfinanzdirektion Hamburg mit Schreiben vom 12.11.1957 (Bl. 15 der Akte 3006 92/6) mitteilt, enthält die Auswandererakte keinen Hinweis über den Verbleib des Umzugsgutes. Es ist nicht anzunehmen, dass der Transport im August 1939 noch durchgeführt werden konnte. Ob das Gut durch Kriegseinwirkung vernichtet oder beschlagnahmt und versteigert wurde, kann wegen fehlender Unterlagen leider nicht festgestellt werden.

Dem Bevollmächtigten wurde bei seiner Vorsprache im Amt (84.19) am 11.1.1962 (Bl. 99 der Akte 3006 92/6) erklärt, dass ein Imstichlassen, wie von der Antragstellerin vorgetragen, nicht vorliegt, da das Umzugsgut von der Firma E. Gaertner in Verwahrung genommen wurde und es sich daher um einen Anspruch nach dem BRUG bzw. nach dem LAG handele. Er war nicht bereit, den Anspruch zurückzunehmen und bat um Entscheidung zu gegebener Zeit.

Da ein Imstichlassen im Sinne der §§ 51 und 54 BEG offensichtlich nicht vorliegt (Bl. 15 der Akte 3006 92/6), ist der Anspruch m.E. abzulehnen.

Festgestellt:


(Name u. Dienstbez.)

Nachgerechnet:

(Name u. Dienstbez.)

21

22

Vfg.

An Sachbearbeiter zurück.

An R

Hauptsachbearbeiter

rowitz

Vfg.

USA

1) Vermerk:

2) P. R.

m. d. B. um Zustimmung.

Hauptsachbearbeiter / Referent

Vfg.

An zurück,

dem Teil - Vergleich - Bescheid wird

- nicht - zugestimmt.

(Höhe der Entschädigung: DM

- Neuberechnung lt. Prüfvermerk.)

Referent

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

22

SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

Sprechzeit:

Nur Montags von 8 bis 15 Uhr

FERNSPRECHER: 34 10 16

BEHÖRDENNETZ: 23

App. 1265

Hamburg, den 20.11.1962.
Ne/Ma.

Aktz.: Wg. 3006 92 und 2608 99 -6-

(Bei Beantwortung bitte angeben)

- In der Entschädigungssache
- 1) Herrn Josef G r u b e r,
geboren am 30.6.1892 in Zabreh-Witkowitz
 - 2) Frau Gertrud Gruber geb. Frisch,
geboren am 26.8.1899 in Altona,
beide wohnhaft: Broadway 3495,
New York 31, N.Y. /USA

vertreten durch:

Herrn Rechtsanwalt Hungershausen,
Düsseldorf, Elberfelderstr. 2

ergeht durch die Sozialbehörde – Amt für Wiedergutmachung – der Freien und Hansestadt Hamburg
auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) – BGBl. 1956 I S. 559 – i. V. m. d. Durchführungs-
verordnungen zum BEG
folgender

B e s c h e i d:

Der Antrag auf Entschädigung wegen Schadens
an Eigentum wird abgelehnt.

G r ü n d e:

Die Antragsteller, welche jüdischer Herkunft sind, wanderten
im August 1939 von Hamburg nach England aus. Am 6.8.1939 stellte
die Antragstellerin bei der zuständigen Devisenstelle in Hamburg
einen Antrag auf Mitnahme des den Antragstellern gehörenden
Umzugsgutes. Es sollte per Lift von Hamburg nach London ver-
schifft werden. Am 15.8.1939 wurde die Genehmigung zur Ver-
bringung dieses Umzugsgutes von der Devisenstelle genehmigt.
Lt. Auftragsbestätigung der Speditionsfirma E. Gaertner & Co.
vom 7.8.1939 war das hier in Frage stehende Umzugsgut dieser
Speditionsfirma zur Verschiffung nach London übergeben worden.

-2-

Rechtsmittelbelehrung:

Soweit durch diesen Bescheid der Anspruch abgelehnt worden ist oder der Berechtigte anderweitig beschwert ist, kann dieser
innerhalb einer Frist von drei Monaten gegen die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Sozialbehörde – Amt
für Wiedergutmachung –, vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg, Hamburg 36, Sievekingplatz - Ziviljustiz-
gebäude schriftlich (möglichst zweifach) ~~oder zu Protokoll der Geschäftsstelle des Landgerichts~~ Klage erheben.

Wohnt der Antragsteller im außereuropäischen Ausland, so tritt an Stelle der Frist von 3 Monaten eine Frist von 6 Monaten. Die
Fristen nach Absatz 1 und 2 sind Notfristen; sie beginnen mit der Zustellung dieses Bescheides.

Die Klagschrift muß enthalten: 1) Die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts,

2) die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie
einen bestimmten Antrag (§ 253 ZPO)

Wie die Antragsteller vortragen, ist der Lift jedoch in London nicht eingetroffen.

Die Oberfinanzdirektion Hamburg hat den Antragstellern am 12.11.1957 mitgeteilt, dass über den Verbleib des Umzugsgutes keinerlei Unterlagen vorhanden seien. Es sei jedoch nicht anzunehmen, dass der Transport zu dem damaligen Zeitpunkt noch durchgeführt werden konnte. Ob das Gut durch Kriegseinwirkung vernichtet oder beschlagnahmt und versteigert worden sei, könne wegen fehlender Unterlagen leider nicht festgestellt werden. Die Unterlagen der Speditionsfirma Gaertner seien durch Luftangriff ebenfalls vernichtet worden.

Die Antragsteller verlangen eine Entschädigung für den Verlust des Umzugsgutes, und zwar wegen Schaden an Eigentum. Sie machen geltend, dass ein Imstichlassen des Umzugsgutes im Sinne des § 51 Abs. 3 BEG vorliege.

Der Antrag musste abgelehnt werden.

Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ist das hier in Frage stehende Umzugsgut zur Weiterbeförderung per Lift nach London ordnungsgemäss der Speditionsfirma E. Gaertner & Co. im August 1939 übergeben worden. Das Gut befand sich somit in sachdienlicher Obhut. Der weitere Geschehensablauf lässt sich allerdings mit Sicherheit nicht mehr feststellen. Sollte der Transport tatsächlich nicht mehr zur Ausführung gekommen sein, so scheidet ein Imstichlassen im Sinne des § 51 Abs. 3 BEG, wie bereits festgestellt, aus, denn das Gut befand sich in sachgemässer Verwahrung einer Speditionsfirma, und es muss nach Lage des Falles angenommen werden, dass es später entweder durch Kriegseinwirkung vernichtet oder als jüdisches Auswanderungsgut beschlagnahmt und versteigert worden ist. Es lässt sich aber nicht die Annahme rechtfertigen, dass das Umzugsgut von der Speditionsfirma nicht in ordnungsgemäss Obhut genommen worden ist.

Im Auftrage:

gez. Neddermeyer
Referentin

Wie die Antragsteller vorbringen, ist der Lift jedoch in London nicht eingetroffen.

Die Oberflächendirektion Hamburg hat den Antragstellern am 12.11.1965 mitgeteilt, dass das Umzugsgut keine derartigen Unterlagen vorzulegen seien. Es
 Wg. 300692 und 260899 -6- annehmen, dass der Transport zu dem
 damaligen Zeitpunkt noch durchgeführt werden konnte. Ob
 das Gut durch Kriegseinwirkung vernichtet oder beschlag-
 nahat und versteigert wurde, ist nicht festzustellen. Die
 Unterlagen liegen leider nicht vor.
 1) Herr Josef Gruber geb. 30.6.1892 in Zabreh-Witkowitz,
 geboren am 30.6.1892 in Zabreh-Witkowitz.
 2) Frau Gertrud Gruber geb. Frisch,
 geboren am 26.8.1899 in Altona,

Die Antragsteller verlor beide wohnhaft: Broadway 3495,
 Verlust des Umzugsgutes, und zwar wegen New York 31, N.Y. /USA
 Sie suchen geltend, dass Herr Rechtsanwalt Hungershausen,
 vertreten durch: des § Düsseldorf, Elberfelderstr. 2

Der Antrag wurde abgelehnt werden.

Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ist das hier
 in Frage stehende Umzugsgut zur Weiterbeförderung per Lift
 nach London ordnungsgemäß der Speditionsfirma E. Gaertner
 & Co. im August 1939 übergeben worden. Das Gut befand sich
 Der Antrag auf Entschädigung wegen Schadensersatzab-
 lauf lässt sich allerdings mit Sicherheit nicht mehr fest-
 stellen. Der Antrag wird abgelehnt.

Gründe: befand sich in sachgemäßer Verwahrung einer
 Speditionsfirma, und es muss nach Lage der Dinge
 Die Antragsteller, welche jüdischer Herkunft sind, wanderten
 im August 1939 von Hamburg nach England aus. Am 6.8.1939 stellte
 die Antragstellerin bei der zuständigen Devisenstelle in Hamburg
 einen Antrag auf Mitnahme des den Antragstellern gehörenden
 Umzugsgutes. Es sollte per Lift von Hamburg nach London ver-
 schifft werden. Am 15.8.1939 wurde die Genehmigung zur Ver-
 bringung dieses Umzugsgutes von der Devisenstelle genehmigt.
 Lt. Auftragsbestätigung der Speditionsfirma E. Gaertner & Co.
 vom 7.8.1939 war das hier in Frage stehende Umzugsgut dieser
 Speditionsfirma zur Verschiffung nach London übergeben worden.

203. Heddermeyer
 Referentin

WG 4 - 2608 99 -5-
Gertraud Gruber

Hamburg, den 2. 6. 1967

Dr. HD/

Wie die Antragsteller vortragen, ist der Lift jedoch in London nicht eingetroffen.

Die Oberfinanzdirektion Hamburg hat den Antragstellern am 12.11.1957 mitgeteilt, dass über den Verbleib des Umzugsgutes keinerlei Unterlagen vorhanden seien. Es sei jedoch nicht anzunehmen, dass der Transport zu dem damaligen Zeitpunkt noch durchgeführt werden konnte. Ob das Gut durch Kriegseinwirkung vernichtet oder beschlagnahmt und versteigert worden sei, könne wegen fehlender Unterlagen leider nicht festgestellt werden. Die Unterlagen der Speditionsfirma Gaertner seien durch Luftangriff ebenfalls vernichtet worden.

Aktenzeichen:

Hamburg, den 3. 5. 65

Die Antragsteller verlangen eine Entschädigung für den Verlust des Umzugsgutes, und zwar wegen Schaden an Eigentum. Sie machen geltend, dass ein Inastichlassen des Umzugsgutes im Sinne des § 51 Abs. 3 BEG vorliege.

Die in der Akte enthaltenen Ansprüche sind erledigt.
Der Antrag musste abgelehnt werden.

Zurückzusendende Originalunterlagen befinden sich nicht in der Akte (siehe Information vom 15. 12. 1955 Ziff. 6).

Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis ist das hier in Frage stehende Umzugsgut zur Weiterbeförderung per Lift nach London ordnungsgemäß der Speditionsfirma E. Gaertner & Co. im August 1939 übergeben worden. Das Gut befand sich somit in sachdienlicher Obhut. Der weitere Geschehensablauf lässt sich allerdings mit Sicherheit nicht mehr feststellen. Sollte der Transport tatsächlich nicht mehr zur Ausführung gekommen sein, so scheidet ein Inastichlassen im Sinne des § 51 Abs. 3 BEG, wie bereits festgestellt, aus, denn das Gut befand sich in sachgemässer Verwahrung einer Speditionsfirma, und es muss nach Lage des Falles angenommen werden, dass es später entweder durch Kriegseinwirkung vernichtet oder als jüdisches Auswanderungsgut beschlagnahmt und versteigert worden ist. Es lässt sich aber nicht die Annahme rechtfertigen, dass das Umzugsgut von der Speditionsfirma nicht in ordnungsgemäßer Obhut genommen worden ist.

SB. X 107

Im Auftrage:

gez. Neddermeyer
Referentin

Aktenzeichen:

26 08 99/6
Grafmüller Gmüder

Hamburg, den 31. 5. 63

24

Vermerk:

Die in der Akte enthaltenen Ansprüche sind erledigt.

Zurückzusendende Originalunterlagen befinden sich nicht in der Akte (siehe Information vom 15. 12. 1955 Ziff. 6).

Ansprüche aus unerledigten Darlehen, Vorschüssen oder Überzahlungen bestehen nicht.

Statistik gemäß AO Nr. 181 ist abgeschlossen.

Die Akte ist — nicht — archivwürdig im Sinne der AO Nr. 141.

Vfg.

Z. d. A. (Archiv)

Martini

Sachbearbeiter
(volle Unterschrift)

ist Müller

Referent H 5 6

WG 4 - 2608 99 -5-
Gertrud Gruber

25
Hamburg, den 2. 6. 1967
Dr. HD/ko

SL 5 m.d.B. um weitere Veranlassung zum BfA-Antrag

- Zu 1) ja, aus rassistischen Gründen (Bl. 15)
" 2) ----
" 3) nicht aufgegeben
" 4) nicht ausgeübt
" 5) entfällt
" 6) entfällt
" 7) nicht inhaftiert
" 8) Im August 1939 (s. ~~Akte des Ehemannes Josef Gruber~~ 3006 92
Bl. 127)
" 9) ja
" 10) ja
" 11a) CSR)
c) USA) s. Antragsformular
e) nicht bekannt
" 12) nein
" 13) nein

Harrison-Domino
(Dr. Harrison-Domino)
S 5

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE ²⁶

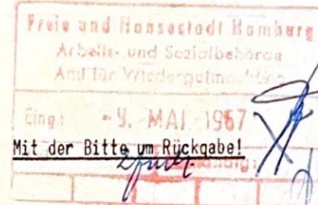
IV 42 - 1204 G 67
(Bitte bei allen Rückschriften angeben)

1 BERLIN 31 · WILMERSDORF
RUHRSTRASSE 2

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · 1 Berlin 31, Ruhrstraße 2

An das
Entschädigungsamt
Hamburg

13 25316



Tag

Durchwahl 8605

Vermittlung 86051

Betr.: Antrag auf Gewährung von Ruhegeld ~~Witwenrente~~ des der Gertrude Gruber, geb. Frisch
geb. 26.8.99., wohnhaft in U.S.H.
3495 Broadway, New York, N.Y. 10031
aus der Versicherung des
geb., gest.

Bezug: Wiedergutmachungsverfahren Register-Nr.: des Ehegatten Josef G.: 3006 92-6-

~~Der~~ Die Versicherte hat ~~Die Hinterbliebenen des~~ haben die
Anrechnung von Ersatzzeiten auf Grund des Gesetzes über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in
der Sozialversicherung vom 22. 8. 1949 - § 28 Abs. 1 Nr. 4 des Angestelltenversicherungsgesetzes (AVG) - und Ge-
währung von Rente beantragt. Nach dem vorliegenden Beitragskonto sind für ~~den Versicherten~~ die Versicherte -
bis zum Dez. 1927.. Pflicht-/freiwillige Beiträge entrichtet worden.

Wir bitten um Ausfertigung der Bescheinigung gem. Anlage 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Ein-
tragung von Wehr- und Ersatzdienstzeiten sowie von Ersatz- und Ausfallzeiten in die Versicherungsunterlagen der
gesetzlichen Rentenversicherung vom 12. 9. 1961 und um Aufteilung der Ersatzzeit nach

Freiheitsentziehung,
Arbeitslosigkeit und
Auslandsaufenthalt.

Im vorliegenden Einzelfalle bitten wir außerdem noch um Beantwortung der nachstehenden Fragen, soweit hierüber
Unterlagen in Ihren Akten vorhanden sind:

1. Ist ~~der~~ die Versicherte Verfolgte(+) des Nationalsozialismus? Ja, aus rassistischen Gründen.
a) aus rassistischen - b) aus politistischen - c) aus religiösen Gründen
2. Ist die Witwe ~~Waise~~ Verfolgte des Nationalsozialismus?
3. Wann hat ~~der~~ die Versicherte die unselbständige Tätigkeit aus Nicht aufgegeben
Gründen der genannten Verfolgung aufgegeben?
4. In welchem Zeitraum hat ~~der~~ die Versicherte - eine selbständige Nicht ausgeübt
Tätigkeit ausgeübt?
5. Hat ~~der~~ die Versicherte - nach erzwungener Aufgabe des Arbeits- Entfällt
platzes erneut in einem unselbständigen Arbeitsverhältnis mit ge-
ringerem Arbeitsverdienst gestanden, ggf. von wann bis wann?

Bitte wenden

6. In welcher Zeitspanne ist durch erzwungene Aufgabe des Arbeitsverhältnisses hervorgerufene Arbeitslosigkeit für ~~den Versicherten~~ die Versicherte - nachgewiesen? Entfällt
7. In welcher Zeit war ~~der~~ die Versicherte - aus Verfolgungsgründen inhaftiert? Nicht inhaftiert
8. Wann ist ~~der~~ die Versicherte ~~die Antragstellerin~~ ausgewandert? Im August 1939
9. Ist der Auslandsaufenthalt ~~des~~ der - Versicherten - ~~der Antragstellerin~~ als unfreiwillig anzusehen? Ja
10. Hält sich ~~der~~ die Versicherte - die Rentenbewerberin - seit dem Tage der Auswanderung ununterbrochen im Ausland auf? Ja
11. a) Welche Staatsangehörigkeit besaß ~~der~~ die - Versicherte im Zeitpunkt der Auswanderung? CSR
- b) ~~Welche Staatsangehörigkeit besaß die Antragstellerin im Zeitpunkt der Auswanderung?~~
- c) Welche Staatsangehörigkeit besitzt ~~er~~ sie - im gegenwärtigen Zeitpunkt? USA
- d) ~~Welche Staatsangehörigkeit besaß der Versicherte zur Zeit seines Todes?~~
- e) Wann hat ~~der Versicherte~~ die Antragstellerin - die fremde Staatsangehörigkeit angenommen? nicht bekannt
12. Ist - ~~Wer der Versicherte~~ die Rentenbewerberin - Vertriebene im Sinne des § 1 - § 1 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) vom 19. 5. 1953? Nein
13. Wurden Verfolgungszeiten bei Bemessung beamtenrechtlicher Versorgungsgebühren angemessen berücksichtigt? Nein

Falls über den Entschädigungsantrag bereits entschieden wurde, bitten wir um Zusendung einer beglaubigten Abschrift des Feststellungsbescheides.

Sollten sich bei Ihnen noch weitere Nachweise über Beitragsleistung zur Sozialversicherung befinden, bitten wir, diese Unterlagen Ihrem Antwortschreiben beizufügen.

Die Durchschrift dieser Anfrage ist für Ihre Akten bestimmt.

Auf Anordnung

[Handwritten signature]

Freie und Hansestadt Hamburg
Arbeits- und Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
..... 2. Hamburg 26. n. Drehbahn 54

Hamburg, den 6. Juni 1967

WG4-2608 99/5 Gertrud Gruber

Urschriftlich der

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte

1 Berlin 31-Wilmersdorf
Ruhrstraße 2

Im Auftrage: *[Handwritten signature]*
(Fricke)
Regierungsamtmann

nach Beantwortung zurückgesandt.

Ausgefertigt am	6/6/67
Abgesandt am	6. Juni 1967
mit Anlagen	

SS nach Erledigung für weiteren Vff. 6/6.67 Fricke